Bündnis faire Energiewende | c/o Gesamtverband textil + mode e. V. | Reinhardtstraße 14–16 | D-10117 Berlin

Herrn Vorsitzenden
Friedrich Merz, MdB

Herrn Generalsekretär
Dr. Carsten Linnemann, MdB

CDU Deutschland

per E-Mail an: kah@cdu.de

10. März 2025

Der energieintensive industrielle Mittelstand braucht jetzt dringend die im Wahlkampf zugesagten Entlastungen – die Energiekosten müssen runter!

Sehr geehrter Herr Merz,
Sehr geehrter Herr Dr. Linnemann,

die Deindustrialisierung Deutschlands hat begonnen und beschleunigt sich. Diesen Prozess müssen wir jetzt gemeinsam sofort stoppen. Mit dem Abschlussdokument zur Sondierung einer möglichen Koalition haben CDU, CSU und SPD erste Weichen gestellt. Zu einer echten Wirtschaftswende fehlen in der Energiepolitik aber einige sehr relevante Entscheidungen.

Der energieintensive industrielle Mittelstand braucht jetzt als Erstes folgende dringende Maßnahmen:

Die Netzentgelte für Strom und Gas müssen vollständig aus dem kommenden Infrastruktursondervermögen und dem Bundeshaushalt bezahlt werden

Die Netzentgelte für Strom und Gas stellen bereits heute eine extreme Kostenbelastung für die Unternehmen im internationalen Wettbewerb dar und sie steigen schnell weiter. Die Netzentgelte müssen daher in Zukunft vollständig aus dem kommenden Infrastrukturpaket und dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Infrastruktur kann unterschiedlich finanziert werden, z.B. über Nutzungsentgelte oder Steuermittel. Da die Netze der Energieversorgung einen wesentlichen Teil der Daseinsvorsorge für die Allgemeinheit darstellen, ist es gerechtfertigt, sie vollständig aus staatlichen Mitteln zu finanzieren. Sowohl Unternehmen als auch Verbraucher beteiligen sich über Steuerzahlungen am Aufkommen dieser Mittel und tragen somit gemäß ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge bei. Die Unternehmen benötigen die vollständige Entlastung bei den Netzentgelten für Strom und Gas jetzt dringend. Eine

Teilentlastung bei den Netzentgelten und dies auch nur für Strom ist unseres Erachtens in der aktuellen Lage des Industriestandorts deutlich zu wenig.

Die Entlastung bei der Stromsteuer muss dauerhaft sein – auch die Erdgassteuer muss auf den Mindestsatz gesenkt werden

Bereits die vergangene Bundesregierung hat erkannt, dass die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz für Unternehmen dringend notwendig ist. Die Unternehmen benötigen diese Entlastung im internationalen Wettbewerb unbedingt. Wie nach dem Ergebnis der Sondierung vereinbart, muss die derzeit bis Ende 2025 befristete Entlastung bei der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe dauerhaft fortgeführt werden. Zugleich muss nach dem Vorbild der Stromsteuer auch die Erdgassteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz gesenkt werden, da ein großer Teil der Unternehmen zur Wärmeerzeugung nach wie vor dringend auf Erdgas angewiesen ist.

Der bisherige rein nationale CO_2-Preis muss bis zur Einführung des europäischen Emissionshandels 2 (ETS-2) ausgesetzt werden – mindestens muss der Carbon-Leakage-Schutz der Unternehmen deutlich verbessert werden

Der rein nationale CO_2-Preis aus dem Brennstoffemissionshandel belastet die deutschen Unternehmen im europäischen und internationalen Wettbewerb einseitig und stellt für die Unternehmen einen großen Kostennachteil dar. Der deutsche Brennstoffemissionshandel muss daher ausgesetzt werden, bis der Emissionshandel 2 (ETS-2) in der EU eingeführt ist. Sollte das nicht erreicht werden, muss zumindest der Carbon-Leakage-Schutz für die Unternehmen deutlich verbessert und vereinfacht werden und dem gesamten produzierenden Gewerbe unbürokratisch ermöglicht werden.

Wir bitten Sie, diese Vorschläge nach der erfolgreichen Sondierung nun in den Koalitionsverhandlungen unbedingt umzusetzen, damit der energieintensive industrielle Mittelstand in Deutschland für die Zukunft erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Die Verbände im Bündnis faire Energiewende

RA Max Schumacher
BDG – Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e. V.
Tel.: +49 211 6871-0
info@bdguss.de

RA Christoph René Holler
Bundesverband Keramische Industrie e. V.
Tel.: +49 9287 808-0
info@keramverband.de

RA Christian Vietmeyer
WSM – Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V.
Tel.: +49 211 957868-22
cvietmeyer@wsm-net.de

Dr. Uwe Mazura
Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.
Tel.: +49 30 7262 20-0
info@textil-mode.de

Christian Otto
VEA – Bundesverband der
Energie-Abnehmer e. V.
Tel.: +49 511 9848-157
cotto@vea.de

Boris Engelhardt
wdk – Wirtschaftsverband der
deutschen Kautschukindustrie e. V.
Tel.: +49 69 7936-0
info@wdk.de

Sebastian Engelskirchen
Industrieverband Feuerverzinken e.V.
Tel.: +49 211 690765-11
sebastian.engelskirchen@feuerverzinken.com

Thomas Kaczmarek
DFFI – Deutsche Feuerfest-
Industrie e. V.
Tel.: +49 2624 9433-115
kaczmarek@dffi.de

Dr. Oliver Möllenstädt
GKV – Gesamtverband
Kunststoffverarbeitende Industrie e. V.
Tel.: +49 30 206167-150
o.moellenstaedt@gkv.de

Die Verbände im „Bündnis faire Energiewende" vertreten branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 200 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Der Querschnittsverband Bundesverband der Energieabnehmer vertritt zudem etwa 4 500 Unternehmen aus allen Branchen.

Das Bündnis faire Energiewende ist unter der Registernummer R001663 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen.

Warum die mittelständische Industrie faire Energiepreise braucht, erfahren Sie auf **faire-energiewende.de**

FAIRE ENERGIEWENDE